Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 137 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 16. Juni 1930

Das Steuerprogramm.

„Die Reichsregierung sieht in dem Ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie der Überzeugung ist, daß nur seine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird." Mit diesem Satz schließt die große Erklärung, die von der Reichsregierung über ihr Steuerprogramm abgegeben worden ist, — aber in diesem Programm, das trotz aller scharfen Kritik doch an der „Reichshilfe" für Festbesoldete festhält, wird der volkswirtschaftliche Zweck der mit Hilfe dieser Steuererhöhungen angestrebten Ausbalancierung des Etats stark in den Vordergrund gerückt: Hilfe für die Wirtschaft, Preissenkung, Überwindung der Wirtschaftsnot dadurch, daß der Reichshaushalt in Ordnung gebracht wird. Gewiß mittels starker Inanspruchnahme der Steuerkraft ganz bestimmter Kreise, aber doch in der unverrückbaren Absicht, daß die Anforderungen, die das Reich, die Länder und die Gemeinden an diese Steuerkraft des einzelnen, aber doch damit auch der Wirtschaft insgesamt, stellen, baldmöglichst heruntergeschraubt werden sollen. „Durchgreifende Ersparnis und Vereinfachung der Verwaltung soll erzielt werden," läßt die Regierung mitteilen, — und das ist ein Versprechen. Das ist eine Zusage, an der nicht gerüttelt und gedeutelt werden soll. Und es wäre mehr als nur eine Geste, wenn nicht bloß die Minister darauf verzichten würden, 20 Prozent der ihnen durch den Etat zur Verfügung gestellten Repräsentationsgelder einzusparen, wenn diesem Beispiel entsprechend, eine „fürchterliche Musterung" unter sämtlichen Ausgaben des Reichshaushalts veranstaltet werden würde. Das Finanzprogramm der Regierung enthält die Zusage, daß auch gewisse Abstriche beim Etat erfolgen sollen; aber man liest gleich dahinter die Einschränkung, daß „diese Ersparnisse nach Lage der Dinge vorläufig nur geringfügige sein können," wenn man nämlich an den Personalkosten vorbeigeht. Aber daran soll nicht vorbeigegangen werden; auch hier will das Reich selbst nicht bloß personell abbauen, sondern auch die Länder und Gemeinden sollen ihre Verwaltungspersonalpolitik einer gründlichen Reform unterziehen. Dabei muß freilich immer wieder betont werden, daß es viel mehr darauf ankommt, das Sachliche, also die Verwaltungstätigkeit selbst, einzuschränken, als durch einen Personalabbau die Verwaltungskosten vermindern zu wollen.

So stellt die Regierung den nun wieder zusammengetretenen Reichstag vor eine klare Situation. „Ziel dieser Politik ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen." Trotzdem wird nun die Debatte darum gehen, ob die Mittel, die von der Reichsregierung vorgeschlagen werden, wirklich den bestgeeigneten Weg darstellen, zu diesem Ziel zu gelangen. Ausdrücklich wird abgelehnt, einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer vorzuschlagen, weil ein solcher nur eine neue Belastung der Produktion darstelle, — und sofort dürfte der Einwurf erhoben werden, daß ja auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden sollen. Das mag nur als Beispiel für die Kritik angeführt werden, die sich von allen Seiten besonders gegen die „Reichshilfe" erhebt. Und diese Kritik liegt mitten auf dem Weg, den die Reichsregierung gehen will.

Denn dieses Programm ist ureigenstes Werk der Regierung Brüning. Keine Fraktion des Reichstages, keine Partei ist „festgelegt", — und das wird der Kritik natürlich die Tore ganz besonders weit öffnen. Andererseits hat die Regierung eine man möchte fast sagen feierliche Form gewählt, um der Öffentlichkeit gegenüber das „Hier stehe ich, ich kann nicht anders" zu unterstreichen. Hinter dem „anders" ist natürlich nur das Ziel zu verstehen, nach dem dieses Programm strebt. Damit ist aber auch noch längst nicht gesagt, daß der Weg, den die Regierung vorschlägt, nun auch der einzige ist. Schon werden Stimmen laut, die andere Wege empfehlen und die glauben, daß „die Regierung mit sich reden lassen wird". Daß also das Defizit im Reichshaushalt auch durch andere steuerliche Maßnahmen gestopft werden könnte. Vorläufig sieht es aber so aus, als werde die Regierung eine Kabinettsfrage daraus machen, daß auch der Reichstag den Weg gehen soll, den sie vorgezeichnet hat. Aber schließlich steht gerade über der Politik, die der Reichstag, die die Parteien jetzt immer wieder beachten und beobachten müssen im Hinblick auf seine gegenwärtige Zusammensetzung, doch das Wort geschrieben: Kompromiß.

Ein Mitverfasser des Versailler Diktates gestorben.

Der französische Senator Klotz ist plötzlich gestorben. Er stand im Alter von 62 Jahren. Klotz war zuletzt Finanzminister im Cabinett Clemenceau. Ende 1928 verurteilte ihn das Gericht wegen Betrügereien im Zusammenhang mit der Hanau-Affäre zu 2 Jahren Gefängnis. Nach Verbüßung eines Jahres wurde er auf freien Fuß gesetzt.

Beginn der Parlamentsarbeit im Reich

Lange Reichstagssession in Sicht.

Das Osthilfegesetz vom Reichsrat angenommen.

Die parlamentarischen Arbeiten im Reich haben am Sonnabend wieder begonnen. Der Reichsrat beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Wirth mit dem Osthilfegesetz, das einstimmig angenommen wurde. Nach dem Ausschußbericht beträgt die Reichsbürgschaft 925 Millionen Mark, von denen Preußen voraussichtlich 225 Millionen übernimmt. Der jährliche Reichszuschuß wird 126,3 Millionen betragen. Die Mittel für die Siedlung sollen durch in- und ausländische Darlehen unter Reichsbürgschaft beschafft werden, wofür ein zentrales Finanzierungsinstitut gebildet werden soll.

Der Reichsrat stimmte ferner der Ergänzung des Haushaltes für 1930 zu, die durch die Grenzhilfe notwendig geworden ist. Dabei fand ein Antrag des Vertreters der Rheinprovinz Annahme, wonach ein Westhilfegesetz zum Ausgleich der Besatzungsschäden vorgelegt werden soll, und zwar so rechtzeitig, daß es unmittelbar im Anschluß an die Osthilfe erledigt werden kann.

Zustimmung fand im Reichsrat auch das neue Weingesetz, das verschärfte Bestimmungen über den Namenschutz und den Verschnitt mit ausländischen Weinen bringt. Annahme fand dazu eine Entschließung der Reichsratsausschüsse, wonach die Regierung ersucht wird, in den Ausführungsvorschriften die Aufspritung von Dessertweinen zu verbieten. Gleichfalls angenommen wurde ein preußischer Antrag, das Verbot des Verschnitts deutscher mit ausländischen Weinen zu verschärfen.

Am Montag treten Reichstag und Preußischer Landtag ebenfalls wieder zusammen. Die Tagesordnung des Reichstags, auf der ursprünglich die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums stand, hat eine Änderung erfahren, da die Beratung dieses Haushalts zurückgestellt werden soll, bis die Novelle zur Arbeitslosenversicherung vorliegt. Es kommt nunmehr am Montag bereits der Haushalt des Innenministeriums zur Beratung. Wann der Reichstag in die Sommerferien gehen kann, ist noch ganz unbestimmt, da er ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu erledigen hat, das so schnell wie möglich verabschiedet werden muß. Dieses Programm enthält u. a. folgende Hauptgegenstände: Den Etat mit den gesamten Deckungsgesetzen, also das Notopfer, die Ledigensteuer und die Änderung des Tabaksteuergesetzes; ferner die Reform der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung, das große Osthilfeprogramm, die parlamentarische Erledigung der Handelsverträge mit Polen, Österreich, Finnland, Portugal und eventuell auch mit Rumänien, weiterhin das sehr wichtige Gesetz über die Fälligkeit und die Verzinsung der Ablösungshypotheken, das Weingesetz und einige andere agrarische Vorlagen, darunter das Brotgesetz, das Milchgesetz und das Gesetz über die Vermahlung von Inlandweizen. An sonstigen Vorlagen sind zu nennen die Grundsätze für den Kleinwohnungsbau und die international wichtige Änderungsvorlage für den Haager Schiedsgerichtshof.

Zurückstellen dagegen will man das Ausgabensenkungsgesetz einschließlich der Sperre für die Wiederbesetzung der frei werdenden Beamtenstellen sowie die Verwaltungsreformvorlage, die wahrscheinlich im Anschluß an die bevorstehende Ausschußsitzung der Länderkonferenz ausgearbeitet werden soll.

*

Im Preußischen Landtag steht die erste Beratung des preußischen Finanzausgleichs für 1930 und des Gesetzentwurfs über die Schulgelderhöhung auf der Tagesordnung. Die Tagung des Preußischen Landtages wird nur von kurzer Dauer sein. Vielleicht schon am Montag, spätestens aber am Dienstag, wird eine erneute Vertagung bis zum 24. Juni erfolgen.

Das Ende des Dawes-Plan.

Ueber die Reparationszahlungen erfolgte ein Schlußbericht Parker Gilberts. Der Reparationsagent stellt fest, daß während der ganzen Zeit des Dawes-Planes die Reparationen nach den Bestimmungen des Planes vollständig bezahlt und transferiert worden sind, und die Erwartungen der Sachverständigen erfüllt, wenn nicht übertroffen worden seien.

Parker Gilbert schließt seinen Bericht nach einer scharfen Kritik der deutschen Finanzpolitik mit dem Hinweis, der neue Plan sei ein Akt des Vertrauens auf den Willen Deutschlands, eine klare Aufgabe ohne fremde Aufsicht und ohne den Transferschutz des Dawes-Planes zu erfüllen.

Tariferhöhung bei der Reichsbahn.

Auch Gehalts- und Lohnsenkungen.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat beschlossen, bei der Reichsregierung einen neuen Antrag auf Erhöhung der Personentarife zum Herbst zu stellen. Die Erhöhung soll eine Mehreinnahme von 45 Millionen jährlich bringen, das würde eine Erhöhung um etwa drei Prozent bedeuten. Die Reichsbahn rechnet damit, daß die Erhöhung am 1. September in Kraft treten kann. Der Hauptreiseverkehr würde also nicht mehr betroffen werden.

Neben der Erhöhung der Tarife plant die Reichsbahngesellschaft, wie verlautet, auch eine Herabsetzung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne. In welchem Umfange diese Herabsetzung erfolgen wird, ist noch nicht bekannt.

Angriffe auf deutsche Frauen.

Neuer Grenzzwischenfall an der deutsch-polnischen Grenze.

An der deutsch-polnischen Grenze hat sich bei Kanitzken (Kreis Marienwerder) ein neuer Grenzzwischenfall ereignet. Die Ehefrau des deutschen Reichsangehörigen Schachtmeisters Szuchaschewski, die mit einem ordnungsmäßigen Wirtschaftsausweis versehen war, begab sich in Begleitung einer zu Besuch befindlichen Verwandten über die deutsch-polnische Grenze auf das von ihrem Ehemann gepachtete Außendeichland, das auf polnischem Gebiet liegt, um wie üblich, ihre dort weidenden Kühe zu melken. Sie wurde dabei von einem polnischen Grenzposten angehalten und nach ihrem Ausweis gefragt. Obwohl sie den Ausweis vorzeigte, erklärte der Beamte, sie verhaften zu müssen, Er lud dabei sein Gewehr, pflanzte das Bajonett auf und versuchte, Frau S. mit Gewalt nach der Weichsel zu schleppen, wobei sie zu Boden fiel.

Auf das von den beiden Frauen erhobene Hilfegeschrei eilte der Ehemann der Frau S. aus seinem einige hundert Meter entfernt liegenden Haus auf den auf deutschem Gebiet gelegenen Deich und feuerte, um seiner Frau beizustehen, einige Schreckschüsse aus einer alten Schrotflinte, die er in der Erregung ergriff, in Richtung nach der Weichsel in die Luft. Der Grenzbeamte ließ darauf von den beiden Frauen ab, die über die Grenze nach Hause zurückflüchteten.

Der deutsche Gesandte in Warschau ist beauftragt worden, wegen des Verhaltens des polnischen Grenzsoldatens gegenüber wehrlosen Frauen unverzüglich Vorstellungen bei der polnischen Regierung zu erheben.

Westfalenfahrt des „Graf Zeppelin".

Nach achttägiger Ruhepause ist „Graf Zeppelin" Sonntag früh Punkt 8 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann bei herrlichem Sonnenschein zu der Fahrt nach Münster in Westfalen glatt gestartet. An Bord befinden sich außer der Besatzung sieben Passagiere, darunter eine Frau.

Dreifache Ueberzeichnung der Young-Anleihe in Deutschland.

Starke Repartierungen.

Nach dem vorliegenden Ergebnis der Zeichnungen auf die Internationale 5½prozentige Anleihe des Deutschen Reiches 1930, Deutsche Ausgabe, ist der aufgelegte Betrag von 36 Millionen Mark erheblich überzeichnet worden. Die Gesamtsumme der Zeichnungen beträgt nach den bisherigen Feststellungen etwa 98 Millionen Mark. Es muß deshalb eine Kürzung der gezeichneten Beträge stattfinden. Die Bezahlung der zugeteilten Beträge durch die Zeichner hat nach den Zeichnungsbedingungen bekanntlich in der Zeit vom 16. bis 25. Juni zu erfolgen.

Die Weltkraftkonferenz in Berlin.

4000 Teilnehmer aus 41 Ländern.

Am Sonntag nahm die 2. Weltkraftkonferenz, zu der 4000 Teilnehmer aus 41 Ländern der Erde in der Reichshauptstadt versammelt sind, mit einem Empfang der Gäste im Reichstag ihren Anfang. Vor dem Empfang fand im Reichstag eine interne Feier statt, bei der dem Ehrenvorsitzenden, Geheimrat von Miller, die Insignien der Weltkraftkonferenz feierlich übergeben wurden. Am Montag findet in der Kroll-Oper die Eröffnungssitzung der Konferenz statt, die bis zum 25. Juni dauern wird.

Das Interesse des Auslandes an der Weltkraftkonferenz ist ganz außerordentlich, so ist Japan mit 200 Teilnehmern vertreten, 400 Ingenieure und Fachleute der Energiewirtschaft haben England und die Vereinigten Staaten entsandt, sogar das ziemlich industriearme Südamerika ist mit 50 Teilnehmern vertreten, Schweden und Norwegen haben 130 Gäste und die Tschechoslowakei 120 Delegierte angemeldet. Da auch 500

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF